



economiesuisse



Hochrangiges Wirtschaftstreffen mit Kasachstan in Genf vertieft Wirtschaftsbeziehungen

Anlässlich des Treffens des schweizerisch-kasachischen Business Council gestern in Genf konnten die Wirtschaftsbeziehungen vertieft werden. Der kasachische Präsident Tokayev begrüßte in seiner Rede die Initiativen des Privatsektors und betonte die Offenheit seines Landes für Investoren aus der Schweiz. Unternehmen aus der Industrie, Rohstoffförderung und Dienstleistungen haben mit Absichtserklärungen und Vorverträgen ihre Geschäftsbeziehungen

intensiviert.

Kasachstan ist die führende Volkswirtschaft in Zentralasien. Das Land, das nächstes Jahr 30 Jahre Unabhängigkeit feiert, ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen. Es verfügt über stabile Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen, was für die Transformation von der staatlichen Planwirtschaft hin zu einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft besonders wichtig ist. Die Schweizer Wirtschaft spielt hierbei eine bedeutende Rolle und belegt den dritten Rang aller ausländischer Direktinvestoren.

Kasachstan weist mit seinen knapp 20 Millionen Einwohnern auch in Zukunft ein grosses Potenzial für Schweizer Unternehmen auf. Dies wurde auch durch über ein Dutzend Absichtserklärungen und Vorverträgen unterstrichen, die am Montag in Genf unterzeichnet wurden. Sie umfassen Projekte in den Bereichen Nachhaltigkeit, öffentlicher Verkehr, Strassenbau, Gentechnologie, Medikamente, Finanzdienstleistungen, Tierzucht oder Kunststoff. An den Projekten beteiligen sich auf Schweizer Seite sowohl Grossunternehmen wie auch KMU und Start-ups.

Auf politischer Ebene wurden die Beziehungen ebenfalls ausgebaut. So haben am Montagabend Bundespräsident Parmelin und Staatspräsident Tokayev zwei Abkommen zur Förderung des Handels unterzeichnet. Das eine sieht Vereinfachungen für den Handel mit Uhren aus Edelmetall vor. Das zweite erleichtert die Bewilligungen beim Handel mit Dienstleistungen.

Diese Abkommen unterstreichen den Willen beider Seiten, die Rahmenbedingungen für den bilateralen Handel laufend zu verbessern.